

193201-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen des Sozialwesens und zugehörige Dienstleistungen – Stadt Maintal - Bau und Betrieb einer Kindertagesstätte "Am Berghof" in Maintal Wachenbuchen
OJ S 65/2024 02/04/2024

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stad Maintal

E-Mail: vergabestelle@goerg.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer lokalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Stadt Maintal - Bau und Betrieb einer Kindertagesstätte "Am Berghof" in Maintal Wachenbuchen

Beschreibung: Bau und Betrieb einer Kindertagesstätte im Neubaugebiet "Am Berghof" in Wachenbuchen.

Kennung des Verfahrens: 36675671-fd11-4e3e-8b4e-9f3743cacb40

Interne Kennung: 60765-22

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 85300000 Dienstleistungen des Sozialwesens und zugehörige Dienstleistungen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 85312100 Betreuung in Tagesstätten, 85312110

Betreuungsleistungen in Kinderkrippen, 98130000 Diverse Dienstleistungen von Organisationen und Vereinen

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Main-Kinzig-Kreis (DE719)

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bekanntmachungs-ID: CXP4Y0SHCAN Hinweise zum

Datenschutz: Der Bieter ist verpflichtet sicherzustellen, dass die Übermittlung von personenbezogenen Daten an die Auftraggeberin und die Vergabestelle rechtmäßig ist.

Soweit notwendig, hat der Bieter die betroffenen Personen über die Übermittlung der Daten an die Auftraggeberin und die Vergabestelle und deren Verarbeitung für Zwecke des Vergabeverfahrens zu informieren und die Zustimmung der betroffenen Personen einzuholen.

Eine gesonderte Information an die betroffenen Personen durch die Auftraggeberin erfolgt nicht. Der Bieter erklärt sich mit Einreichung seines Angebotes damit einverstanden, dass die von ihm mitgeteilten personenbezogenen Daten und bereitgestellten Unterlagen für das Vergabeverfahren von der Auftraggeberin und Vergabestelle gespeichert und verarbeitet werden. Die Auftraggeberin weist darauf hin, dass sie sich bei der Durchführung des Vergabeverfahrens gegebenenfalls externer Dienstleister (z.B. Betreiber elektronischer Plattformen, Rechtsberater, ggf. externe Fachberater) bedient und gegebenenfalls die an die Vergabestelle übermittelten Unterlagen (einschließlich darin enthaltener personenbezogener Daten) an diese Dritten zur Verarbeitung für Zwecke der Durchführung des Vergabeverfahrens weitergibt. Die einzureichenden Unterlagen werden automatisch an den dafür vorgesehenen Stellen bekanntgegeben. Beteiligung mehrerer Unternehmen: (1) Erklärung, welche Teile der Bewerber beabsichtigt, an Nachunternehmer zu vergeben. (2) Bei Bewerbungsgemeinschaften: Bewerbungsgemeinschaftserklärung. Geforderte Eignungsnachweise, die in Form anerkannter Präqualifikation nachweise vorliegen, werden zugelassen und anerkannt, wenn die Präqualifikation nachweise in Form und Inhalt den geforderten Eignungsnachweisen entsprechen. Der Auftraggeber weist bereits jetzt darauf hin, dass die Bieter sowie deren Nachunternehmer und Verleihunternehmen, soweit diese bei Angebotsabgabe bekannt sind, nach Maßgabe dieses Verfahrensbriefs mit dem Teilnahmeantrag oder dem Angebot die erforderlichen Verpflichtungserklärungen zu Tariftreue und Mindestlohn bei öffentlichen Aufträgen unter Berücksichtigung der Vorgaben des HVTG vom 12. Juli 2021, GVBl. S.338, abzugeben haben.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Konkurs: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Korruption: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vergleichsverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Betrugsbekämpfung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Zahlungsunfähigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Falsche Angaben, verweigerter Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Entrichtung von Steuern: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Stadt Maintal - Bau und Betrieb einer Kindertagesstätte "Am Berghof" in Maintal Wachenbuchen

Beschreibung: Die Stadt Maintal sieht trotz eines intensiven Ausbaus an Kinderbetreuungsplätzen in den vergangenen Jahren weiterhin einen Bedarf zur Bereitstellung zusätzlicher Betreuungsplätze in einer mehrgruppigen Kindertagesstätte. Die Stadt Maintal beabsichtigt aufgrund der Auslastung mit eigenen Vorhaben, sowohl die Errichtung wie auch den Betrieb einer 5-gruppigen Kindertagesstätte zu vergeben, wobei Bau, Unterhaltung und Betrieb durch den privaten Partner/Träger erfolgen sollen. Dazu soll dem Träger ein noch final zu vermessendes Grundstück mit einer Größe von ungefähr 2.575 qm in dem Ortsteil Wachenbuchen zur Verfügung gestellt werden, die sich aus Teilen von Grundstücken zusammensetzt, die die Stadt Maintal zum Zwecke der Realisierung der Kita und weiterer Planungsziele in dem benannten Baugebiet erworben hat (vgl. dazu insb.

Leistungsbeschreibung). Die Überlassung des Grundstücks erfolgt im Wege der Einräumung eines Erbbaurechts mit einer Laufzeit von mindestens 26,5 Jahren (Betriebszeit 25 Jahre zzgl. Planungs- und Bauzeit 1,5 Jahre). Der von dem späteren Betreiber hierfür zu errichtende Erbbauzins wird in einem separaten Erbbaurechtsvertrag festgelegt. Die Errichtung der für den Betrieb der Kindertagesstätte erforderlichen Gebäude und Freiflächen erfolgt durch den Träger unter Beachtung der geltenden gesetzlichen Vorgaben sowie etwaig vorgegebener Rahmenbedingungen der Stadt Maintal in eigener Verantwortung. Das Betreuungsangebot soll bis zu 99 Plätze umfassen, wobei die Kindertagesstätte über fünf Gruppen verfügen soll. Davon sind zwei Gruppen für Kinder von 1-3 Jahren vorgesehen. Im Übrigen siehe Vergabeunterlagen, insbesondere Leistungsbeschreibung.

Interne Kennung: 60765-22

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 85300000 Dienstleistungen des Sozialwesens und zugehörige Dienstleistungen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 85312100 Betreuung in Tagesstätten, 85312110
Betreuungsleistungen in Kinderkrippen, 98130000 Diverse Dienstleistungen von
Organisationen und Vereinen

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Main-Kinzig-Kreis (DE719)

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

5.1.6. Allgemeine Informationen

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

Zusätzliche Informationen: Weiterer CPV-Code: 45214100-1 Bauarbeiten für Kindergärten

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: (1) Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von
Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB sowie § 22 LkSG und/oder Darlegung von
Selbstreinigungsmaßnahmen im Sinne des § 125 GWB. (2) Aussagekräftige
Unternehmensdarstellung unter Angabe der Firma, Sitz, Gegenstand, Rechtsform,
Geschäftsleitung des Unternehmens sowie einer kurzen Beschreibung des Tätigkeitsbereichs
und der Benennung des Ansprechpartners für die Bewerbung. (3) Nachweis über die
Anerkennung als freier Träger der Jugendhilfe gemäß § 75 Abs. 1 SGB VIII oder über die
Zugehörigkeit zu einem Verband der Liga der freien Wohlfahrtspflege und die Erfüllung der
Voraussetzungen zur Erteilung einer Betriebserlaubnis nach § 45 SGB VIII - Kinder- und
Jugendhilfegesetz - in Verbindung mit den weiteren landesrechtlichen Bestimmungen des
HKJGB (für den Betrieb/die Trägerschaft). (4) Betriebsbezogene Zusicherungen, dass - die
Kindertagesstätte im Falle der Zuschlagserteilung in Übereinstimmung mit den einschlägigen,
gesetzlichen Bestimmungen des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuches (HKJGB)
betrieben wird, - das vom Bewerber/Bieter verfolgte pädagogische Konzept den gesetzlichen
Vorgaben entspricht. - die Vorgaben zur Förderfähigkeit nach der Richtlinie zur Förderung von
Investitionen im Rahmen des Landesinvestitionsprogramms "Kinderbetreuung 2021-2023"
(Stand: 18.07.2022) eingehalten werden. (5) Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und
Mindestlohn bei öffentlichen Aufträgen unter Berücksichtigung der Vorgaben des Hessischen
Vergabe- und Tariftreuegesetzes vom 12. Juli 2021, GVBl. S. 338. (6) Eigenerklärung zum
Nichtvorliegen eines "Bezuges zu Russland" im Sinne des Art. 5k Abs. 1 der Verordnung (EU)
833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Europäischen
Rates vom 08.04.2022.

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: (1) Eigenerklärung über den Umsatz des Unternehmens
/des Trägers (netto) in den letzten 3 Geschäftsjahren soweit er Leistungen betrifft, die mit den
zu vergebenden Leistungen über den Betrieb einer Kindertagesstätte in vergleichbarer Größe
zum Auftragsgegenstand vergleichbar sind. (2) Nachweis einer Haftpflichtversicherung im
Falle der Beauftragung für - die Planung und den Bau mit einer Deckungssumme je

Schadensereignis von mindestens 5.000.000 EUR für Personenschäden, 5.000.000 EUR für Sachschäden sowie 5.000.000 EUR für reine Vermögensschäden (2-fach maximiert). - den späteren Betrieb der Kita mit einer Deckungssumme je Schadensereignis von mindestens 5.000.000 EUR für Personenschäden, 5.000.000 EUR für Sachschäden sowie 5.000.000 EUR für reine Vermögensschäden (2-fach maximiert). Der Nachweis erfolgt durch eine Bestätigung des Versicherers über das Bestehen der Versicherung mit den genannten Deckungssummen, eine Bestätigung des Versicherers über die Bereitschaft, im Auftragsfall eine Versicherung mit den genannten Deckungssummen bereitzustellen, oder eine Bestätigung des Bieters über die Bereitschaft, im Auftragsfall eine Versicherung mit den genannten Deckungssummen abzuschließen. (3) Nachweis einer ausreichenden Bonität zur Umsetzung des Projekts, etwa durch Vorlage einer aktuellen Bankauskunft oder einer vergleichbaren Wirtschaftsauskunft in Bezug auf Kreditwürdigkeit und Zahlungsfähigkeit oder eine Finanzierungsbereitschaftserklärung einer finanzierenden Bank (Flower Letter). (4) Nachweis der Steuerbegünstigung im Sinne der §§ 51 - 68 der Abgabenordnung für die Erbringung der Betriebsleistung, etwa durch Vorlage eines Freistellungsbescheids oder anderer geeigneter Unterlagen.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: (1) Eigenerklärung zu einschlägigen Erfahrungen /einschlägigen Referenzen aus den letzten 10 abgeschlossenen Geschäftsjahren im Hinblick auf die abgeschlossene Planung und erfolgte Errichtung einer Kindertagesstätte, unter Angabe nachfolgender Aspekte: - Baukosten netto / brutto (Kostengruppen 300 und 400 gemäß DIN 276) - Anzahl der Gruppen - Datum der Inbetriebnahme - Auftraggeber einschließlich Ansprechpartner und Telefon-Nr. - Beschreibung der erbrachten Leistungen, insbesondere auch, welcher ökologische Standard/ Energieeffizienzstandard oder Nachhaltigkeitsstandard bereits verwirklicht worden ist. Die Angabe eines vergleichbaren Projekts ist Mindestbedingung. Der Auftraggeber behält sich vor, entsprechende Bescheinigungen des Referenzgebers ergänzend zum Nachweis der Ordnungsmäßigkeit der Leistungserbringung anzufordern. (2) Eigenerklärung zu einschlägigen Erfahrungen /einschlägigen Referenzen aus den letzten 5 abgeschlossenen Geschäftsjahren sowie des laufenden Jahres, die im Hinblick auf den Betrieb einer Kindertagesstätte nach den Vorgaben des HKJGB erbracht worden sind, unter Angabe des Auftragswerts, des Erbringungszeitpunktes sowie der Angabe des Auftraggebers einschließlich Ansprechpartner und Telefon-Nr. sowie zu den ausgeführten Leistungen, insbesondere im Hinblick auf nachfolgende Aspekte: - Auftraggeber - Bezeichnung der Einrichtung(en) und Angabe der Adresse(n) - Darstellungen der Eckdaten der Leistung: Kapazitäten der Einrichtung, Anzahl der Plätze mit Verpflegung, - Betriebsbeständigkeit (Aufnahme der Tätigkeit und ggf. Beendigungszeitpunkt), Betriebskosten (Gesamtsumme Zuschussbedarf/Defizit im letzten abgeschlossenen Haushaltsjahr) Die Angabe eines vergleichbaren Projekts ist Mindestbedingung. Als vergleichbar gilt ein Projekt ab einer Mindestbetriebszeit von 5 Jahren. Der Auftraggeber behält sich vor, entsprechende Bescheinigungen des Referenzgebers ergänzend zum Nachweis der Ordnungsmäßigkeit der Leistungserbringung anzufordern.

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Summe der Vergütungsbestandteile IV und V in den ersten fünf vollen Betriebsjahren entsprechend der Angaben des Bieters im Formblatt "Finanzielle Eckdaten des Angebots"

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Güte und Qualität der vorgesehenen Bauplanung, der Baukonstruktion, der technischen Anlagen sowie der energetischen, architektonischen und städtebaulichen Gestaltung des Bauwerks nach Maßgabe der folgenden Unterkriterien:

Beschreibung: 2.1 Güte und Qualität des Bauzeitenplans (5 %) 2.2 Güte und Qualität der Baukonstruktion (10 %) 2.3 Güte und Qualität der Funktionalität und Nutzbarkeit des Gebäudes unter Berücksichtigung des Umsetzungsgrads des geforderten Raumprogramms einschl. der geforderten Qualitäten (7,5 %) 2.4 Güte und Qualität der Gestaltung der Außenanlagen (einschließlich Stellplätze für Fahrräder und PKW) und Einbindung in das stadträumliche Umfeld (7,5 %)

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Güte und Qualität des Betriebskonzepts nach Maßgabe der folgenden Unterkriterien:

Beschreibung: 3.1 Güte und Qualität des pädagogischen Ansatzes (10 %) 3.2 Güte und Qualität des Konzepts zur Personalplanung (10 %) 3.3 Güte und Qualität der Maßnahmen zur Gesundheitsförderung und der Essensversorgung (5 %) 3.4 Güte und Qualität des Konzepts zur Zusammenarbeit mit den Eltern (5%)

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Güte und Qualität des Konzepts zum Facility Management

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 10

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 11/04/2024 00:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y0SHCAN/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y0SHCAN>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y0SHCAN>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 18/04/2024 12:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Gemäß § 56 Abs. 2 Satz 1 VgV: Der öffentliche Auftraggeber kann den Bewerber oder Bieter unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung auffordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise, nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren, oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Soweit einschlägig, siehe Vertragsentwurf und Vergabeunterlagen.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Landes Hessen bei dem Regierungspräsidium Darmstadt

Informationen über die Überprüfungsfristen: Gem. §§ 155 ff GWB. Gemäß § 160 Abs. 3 GWB ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit - der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, - Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, - Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden und - mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB

TED eSender: Beschaffungsamt des BMI

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Stad Maintal

Registrierungsnummer: DE 113525371

Stadt: Maintal
Postleitzahl: 63477
Land, Gliederung (NUTS): Main-Kinzig-Kreis (DE719)
Land: Deutschland
Kontaktperson: GÖRG Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB als Verfahrensbetreuer
E-Mail: vergabestelle@goerg.de
Telefon: +49 69 170000 154
Rollen dieser Organisation:
Beschaffer

8.1. **ORG-0002**

Offizielle Bezeichnung: Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB
Registrierungsnummer: DE177089422
Postanschrift: Ulmenstraße 30
Stadt: Frankfurt a.M.
Postleitzahl: 60325
Land, Gliederung (NUTS): Frankfurt am Main, Kreisfreie Stadt (DE712)
Land: Deutschland
Kontaktperson: Vergabestelle
E-Mail: vergabestelle@goerg.de
Telefon: +49 69170000-154
Fax: +49 69170000-27
Rollen dieser Organisation:
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. **ORG-0003**

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Hessen bei dem Regierungspräsidium
Darmstadt
Registrierungsnummer: DE 812 056 745
Postanschrift: Wilhelminenstraße 1-3 (Wilhelminenhaus)
Stadt: Darmstadt
Postleitzahl: 64283
Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt, Kreisfreie Stadt (DE711)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@rpda.hessen.de
Telefon: +49 6151126601
Rollen dieser Organisation:
Überprüfungsstelle

8.1. **ORG-0004**

Offizielle Bezeichnung: Beschaffungsamt des BMI
Registrierungsnummer: 994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100
Rollen dieser Organisation:
TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung

:

1fc4fbed-c1f1-4c6b-83ca-f41c64d51811-01

Hauptgrund für die Änderung

:

Aktualisierte Informationen

10.1. Änderung

Beschreibung der Änderungen: Zu 5.1.12. der Bekanntmachung: Die Teilnahmefrist wird verlängert auf den 18.04.2024.

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 747e33ab-8865-43b5-b9c0-f1c03ff74499 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 28/03/2024 16:24:07 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 193201-2024

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 65/2024

Datum der Veröffentlichung: 02/04/2024